

Gemeindevertretung beschließt REWE-Zentralstandort

21.03.2018 07:48

REWE kommt nach Henstedt-Ulzburg. Diese Entscheidung fasste die Mehrheit der Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 20. März 2018 mit dem Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 146 „Gewerbegebiet Große Heidkoppel“.

Die Zustimmung zum Bebauungsplan war der letzte Baustein im Ansiedlungsverfahren, nachdem im Januar die Gemeindevertretung bereits den Grundstückskaufvertrag und den städtebaulichen Vertrag mit REWE beschlossen hatte. REWE wird im Gewerbegebiet Große Heidkoppel einen Verwaltungssitz mit Schulungszentrum sowie ein Regionallager mit insgesamt über 900 Arbeits- und 30 Ausbildungsplätzen errichten.

„Ich freue mich, dass wir nach über drei Jahren intensiver Planungen dieses Projekt nun zu einem erfolgreichen Abschluss bringen konnten“, sagt Bürgermeister Stefan Bauer. „Mit REWE gewinnen wir einen ausgezeichneten Arbeitgeber und verlässlichen Sozialpartner für Henstedt-Ulzburg und die gesamte Region.“

Jochen Vogel, Vorsitzender der Geschäftsleitung REWE Nord zeigte sich über das positive Signal der Gemeindevertretung ebenfalls erfreut: „Mit der beschlossenen Änderung des Bebauungsplan rückt der neue Zentralstandort und die damit verbundenen 929 Arbeitsplätze für Henstedt-Ulzburg in greifbare Nähe. Ich freue mich besonders, dass wir nun in die Detailplanungen für den Bauantrag gehen können. Wir werden zu allen bisherigen Zusagen stehen und so auch die Kritiker davon überzeugen, dass wir ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner für die Gemeinde Henstedt-Ulzburg sind.“

In der Sitzung der Gemeindevertretung bekräftigten die Fraktionen noch einmal ihren Standpunkt zur REWE-Ansiedlung. Während CDU, SPD und FDP sich für die Ansiedlung aussprachen, meldeten die Wählergemeinschaft WHU und Teile der BFB weiterhin Bedenken an.

Das Projekt wurde in den vergangenen Jahren in der Kommunalpolitik und in der Bürgerschaft, vor allem mit Bezug auf das Thema Verkehrsbelastung, kontrovers diskutiert. Ein von einer Bürgerinitiative angestoßener Bürgerentscheid gegen die Ansiedlung von REWE wurde im vergangenen Dezember in letzter Instanz vom Obergericht für unzulässig erklärt.

„Wir haben mit REWE viele positive Dinge für unsere Gemeinde vereinbaren können, die mit anderen Unternehmen in dieser Form nicht möglich gewesen wären“, sagt Bürgermeister Bauer. „So hat sich REWE zum Beispiel vertraglich verpflichtet, die Auslieferungsverkehre nicht durch den Ort zu führen und so die REWE-eigenen LKW-Bewegungen von 134 auf 4 zu reduzieren.“

REWE beteiligt sich außerdem am notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur am Autobahnzubringer und wird auf eigene Kosten einen zusätzlichen Abzweiger zum Zentralstandort errichten. REWE hat darüber hinaus vertraglich zugesagt, den Radwegeausbau zum Zentralstandort und den Ausbau der E-Mobilität im Ort zu fördern. Sobald ein ganzheitliches Nahverkehrskonzept (Bus und

Leihfahrräder) zur besseren Erreichbarkeit des Gewerbegebiets vorliegt, wird REWE auch dieses unterstützen.

Innerhalb der kommenden zwölf Monate wird REWE den erforderlichen Bauantrag stellen. Die Weichen für die Realisierung dieses Großprojektes für Henstedt-Ulzburg und die Region sind somit gestellt.